

Protokoll

Der Landtagssitzung vom 20. März 1920.

Anwesend sind alle Abgeordneten mit Aus-
nahme der Herren Vizepäsident Dr. Beck und
Kanonikus Büchel.

Das Protokoll der letzten Sitzung wird
verlesen und genehmigt.

1.

Gesetz betr. die Rückzahlungsbedingungen des fürstlichen Darlehens.

Der Präsident bemerkt, daß das vorliegende Gesetz
denselben Wortlaut haben wird wie am
Tagen 1873 für ein Darlehen.

Abg. Risch möchte die Kündigung genau fest-
stellen.

Abg. Schädler erklärt der Ansicht Risch bei, er stellt
den Antrag, das Gesetz in der vorliegenden
Form anzunehmen, jedoch mit der Beifügung,
daß Finanzkommission u. Regierung die Kün-
digungspläne genau formulieren.

Reg.-Rat Wanger glaubt, es sei nicht Sache des Land-
tags, sondern des Fürsten, die Frist zu be-
stimmen.

Hierauf wird das Gesetz mit dem Antrag
Schädler einstimmig angenommen.

Der Präsident ladet darauf die Abgeordneten
ein, dem Landesfürsten den Dank für das
Darlehen von 500,000 frs durchzusetzen und den
Kisten zu begünstigen. Dies geschieht.

Der Präsident liest weiter eine Dankadresse an den
 Fürsten vor, die einstimmig angenommen wird.
Der Regierungsrath Prinz Karl dankt dem Landtag
 für die Dankbegünstigung dem Fürsten gegenüber.

2.

Gesuch der Beamten und Lehrer um eine
 Teuerungszulage in Franken.

Der Vorsitzende führt einleitend aus, daß wir mit-
 gegentbehrlich müssen, obwohl die Forderung
 nicht gerechtfertigt sei.

Abg. Koop findet es sonderbar, daß wir immer
 mehr Krante bekommen in die Zeit nicht bezaf-
 len können; es geht wie in "Stavonien", wo
 es immer mehr Staatsanstalten in immer
 mehr Städten gibt. So sind zumal die
 bei die Pfortenpflicht in diesen Dörfern
 fallen gelassen worden sind in Maduz
 wurden 2 Reallehrer gewünscht.

Der Regierungsrath weiß davon Koop zu verblä-
 ren, wo dem zumal Anzustalten sein.

Abg. Risch sagt, es sei nicht möglich, daß in Fran-
 ken früher nur ein Lehrer gewünscht
 haben u. daß man den auf einmal 3
 angestellt hätte. Sollte dies nur deshalb
 geschehen sein, um nun Lehrer aufstellen
 zu können, so wäre es beim Abg. Koop.
 Es ist auf ein Jagdverwehen, daß ältere
 Lehrer häufiger deshalb gewünscht
 worden sein, damit wieder im fünf-
 linge einen Posten erhielt. So habe in
 Kitzball auf 82 Schüler unterrichtet und

meiner Freigabe bereit gewesen sind und
Länder zu tun, um der Gemeinde wei-
tere Ablagen zu schaffen.

Der Präsident ist mit dem Vorstande nicht einver-
standen, die 2. männliche Luftkraft sei
in Kalz, Wippen u. Wippenberg zu folgen
und Landtagbeschluss angefallen wer-
den. Man müsse dafür im Ausland
weilen müssen, hätten sie Dienstverrich-
ten wegen Verhaftung der Bürger-
meister.

Reg.-Rat Mager hat den Abg. Hoop nicht verstanden, wenn
er glaube, die unter Landtag mit 3-4000
Bauern bewohnte kleine Pflanzschule. Man habe
sie doch vernünftig.

Abg. Hoop erwirbt nochmals, daß 2 Krollasche,
die in Hagen u. unter in Hagen überflüssig
sind.

Auf Einladung von Seite des Präsidenten,
zur Sache zu sprechen, sagt

Abg. Schädler, daß er nicht zu bemerken
habe, die anderen Abgeordneten müssen
sich dagegen gründlich äußern, ob sie
für ihn sprechen!

Schließlich wird der folg. Antrag einstimmig ange-
nommen: Der Landtag beschließt, es ist den Landtag,
Bauern u. Dienern u. Aufsichtsräten bezw.
Kindergärtnerinnen für die Monate März,
Febr. März u. April 1920 zur Befreiung von
Kriegszulagen eine weitere in Franken zu
gewähren u. zwar sollen für jeden Monat
70 frs für Waisenkinder 8 frs für jedes unversorg-
te Kind 50 frs für Lehrer u. 20 frs für Lehr-
personen u. Kindergärtnerinnen zugestanden werden.

Ausuchen der liechtensteinischen Grenz-
wächter um Lohnregulierung.

Das bezügliche Gesuch lautet auf 70 Rappen für die ersten 200 Dienststunden, für die weiteren Dienststunden wie bisher 2 Kr. Die Finanzkommission beantragt, vom 1. Jan. an bis auf weiteres zum bisherigen Hundenslohn von 2 Kr. noch einen Zulage von monatlich 30 frs zu bewilligen.

Der Herr Reg.-Chef setzt einen Zulage von 50 frs statt 30 das Wort.

Reg.-Rat Wanger stimmt sich diesem Antrag an; diese Leute brauchen die Beförderung, sonst können sie nicht leben, sie müssten es dann machen wie in Österreich. Und sei aber nicht variant, wenn sie den Dienst pflucht empfangen.

Abg. Risch fügt aus, daß den Grenzwächtern von solchem Maaßen, die beim Grenzschutze als Aufpassern, die Hälfte zu geben. Maaßen davon, die beim Grenzschutz aufpassen müssen, sollte man nicht aufpassen, sondern mit einem geringen Gehalt belassen.

Abg. Wälfinger ist für einen Zulage von nur 30 frs.

Abg. Löffel hält die Grenzwächter für jung und kräftig, in ein paar Jahren seien sie arbeitsunfähig, u. dann müsse man ihnen noch Pension geben. Auf

Abg. Sprenger warstet die Grenzwächter als unerschütterlich

Reg.-Rat Wanger spricht in der Weise eines Hohenbediensteten, mindestens am Rhein habe man aber Wächter, so müsse man sie so

begegnen, daß sie leben können.
 Der Antrag der Herren Landmann
 und Landmann auf 50 pro Zulaß vom 1. Febr.
 an wird pflanzlich mit 9 gegen 4 Stimmen
 angenommen.

#

Gesuch der Lehrpensionisten um Erhöhung
 der Teuerungszulagen.

Der Kommissionsantrag, daß die Lehrpensionisten vom 1. Januar 1920 an bis
 auf weiteres monatlich eine Teuerungszu-
 lage von 200% zu bewilligen.

Da ein gemeinsames Gesetz der Lehrpensionisten
 am 1. Januar auf eine Zulage in Franken
 lautet, beantragt

Durchlaucht Prinz Karl die Soludigung zuwick-
 zustellen, damit man sich in der Kommission
 vereinigen können.

Abg. Peter Buchel ist mir dann für eine Max-
 sierung der Kapplüßfassung, wenn so
 ein für die Lehrpensionisten günstiger
 Kapplüß zu erwarten sei. Es sei unsere Pflicht
 auf diesen Antrag zu kommen.

Es wird dem Kommissionsantrag
 mit der ^{Freistimmung} Zustimmung angenommen,
 man, daß ein weiteres Entgegenkommen
 unabweisbar sei, sobald wir die Maßnahme-
 reform durchgeführt haben.

Gesuch der landschäftlichen Wegmacher
um Lohregulierung.

Der Kommissionsantrag lautet auf einen
Frylohn von 20 Kr im Winter 2. einen sel-
ben von 24 Kr im Sommer.

Abg. Schädler bemängelt, daß dieser Vorschlag
zu niedrig sei. Die Straßen veräußerten
ein großes Kapital. Früher habe man die
Fellen immer im besten Zustande gehabt.
Um den verpflanzten Lohn arbeiten zu
müssen. Ist beabsichtigt, zum ge-
wöhnlichen Lohn in Kromau noch einen Zu-
schuß von 1 fr pro Tag zu bewilligen.

Der Präsident sagt, daß diese Frankenzulage
nur für die Arbeitstage gegeben würde.

Reg. Rat Margee unterstützt den Antrag Schädler.

Abg. Peter Büchel unterstützt ebenfalls, müßte
aber die Frankenzulage nicht pro Tag,
sondern pro Hund (1 Tag = 10 Hund) be-
stehen, weil die Wegmacher nicht
immer ganze Tage arbeiten können.

Abg. Peter Büchel Risch ist auf für mich zula-
ge in Franken.

Abg. Sprenger freigt voran, wie es sich mit dem
Fonds verhalte, das aus dem Erlös von jenen
Gros, das den Straßen entlang verlegt, gebil-
det werden sollte.

Er erteilt die Antwort, daß der jenerge-
richte Vorschlag bisher noch nicht verwirklicht
wurde; es solle jetzt anders verfahren werden.

Darauf wird der Kommissionsantrag mit
dem Zusatz Schädler einstimmig angenommen.

jetzt werden, weshalb jetzt mancher mehr aus-
käufen müssen, als sie wollten.

Reg. Rat Wanger will heute abstimmen, damit die Kaufung
günstig werden könne. Er sei niemand daran
schuldig, daß der Wein nicht früher abgekauft wer-
den könnte.

Alex. Sprenger möchte die Abstimmung überhaupt heute
lassen, damit die Herren heute ihr Geld bekommen.

Reg. - Rat Wanger unterstützt die beiden Anträge.

Alex. Gassner ist auch für sofortige Entscheidung, aber
er soll ein Miß 7.3 Prozent für das Fleiß
vermerkt werden, jedoch mehr für Hoff.
Die für Fleiß unermessliche kleine Bütte
müß zum Teil anders gutachtet werden.

Der Präsident wünscht, daß wir nämlich das
ganze Biergeld für die Fleißausprägung
mit circa 450 000 K., dagegen für das
Kloß annähernd 20 Millionen K. zugulast
sätten

Sodann wird der folgende Antrag
mit allen Augen einer Stimme angenommen:
"Der Landtag beschließt, es soll von den
Lösen des in das Ausland verkauften
Weines außer den schon für die inländische
Erfahrungsausprägung gemachten Auf-
wendungen ein Landabtrag von
2% entrichtet werden. Für künstlich an-
gefälschten Wein ist ein Landabtrag
von 10 Prozent zu entrichten."

VIII.

Antrag auf Gewährung einer Teuerungszulage
in Franken an die Postangestellten.

ajan die Postbeamten für 40 pro Monat u.
ajan die Dienströhren für 20 pro Monat.

Da der Präsident bei diesem Punkte den
Voritz nicht führen will u. der Vizepäsident
nicht anwesend ist, übernimmt Abg. Wölfinger
als Altpräsident den Voritz.

Abg. Schädler hat die Auffassung, daß den Postbe-
amten sowie Zulagen gegeben, als den Lohnen
und Beamten, jedoch unter der Bedingung,
daß sie außer dienstamtliche Handlungen
stalt zu werden, wie die Beamten und
wie diese unter Regierung und Landtag
zu haben können.

Abg. Riff ist auf das, ihnen sozial zu geben,
wie den Beamten und Löhnen.

Abg. Walser führt an, daß man mit einem Land-
tagesbeschluss nicht alle bestandenem Vorzüge
auf den Kopf stellen können. In Offen
wird nachsichtlich bald die Mitte für das
Postamt in Franken verlangt.

Abg. Schädler stellt sich die Sache so vor, daß die
Regierung mit den maßgebenden Behörden
in Österreich Verhandlungen zu führen wünscht.
Man dienstamtliche die Postbeamten bezahlt,
so müssen sich diese auch in jeder Hinsicht
wie die anderen Beamten fühlen. So sei
aber auf einvernehmen mit dem Vor-
sitz der Finanzkommission.

Der Kommissionsbericht wird dann
einmütig angenommen.

Hauptam die Angelegenheit vorliegt
erfüllt ist, wobei Herr Abg. Schädler

wies man das Recht zu einer Änderung bezüglich
der Verfassungsänderung. Im Jahre 1918 haben
man sich verpflichtet, diese in 6 Monaten
zu erledigen u. heute sei noch keine Spur
von Vollendung. Inzwischen sei eine Ver-
fassungscommission ernannt worden, aber
diese habe seit Monaten nicht mehr gearbeitet.
Nachdem Abg. Dr. Beck Anfangs 1919 einen
Einspruch eingebracht, aber es habe man
nicht gemacht. Dann sei der Herr Ge-
sundt in Bonn mit der Revision betraut
worden, aber als die Sache nicht vorange-
hen wollte, hätten ihn die Herren Kuhl-
mann und Kappeler im Dezember
nervigen Jahres sei dann bekannt geworden,
dass Herr Prof. Dr. Beck die Arbeit
nicht mehr machen könne, weil man ihm keine
Arbeitskraft bewillige. Endlich im Januar
dieses Jahres sei im Gegensatz der Herren
Münster Hauptmann anlässlich einer Versam-
lung in der Landwehr in Bonn eine
Resolution vorgebracht worden, dass mit
der Verfassungsänderung nicht pflanzlich
gehandelt werden dürfe. Beide Parteien
hätten dies sehr verlangt. Herr Eduard
habe sich jedoch anerkennen, die Angelegenheit
seit dem Herbst persönlich zu untersuchen.
Aber schon wieder seien 2 Monate ver-
strichen. Da dürfe man sich nicht mehr
wundern, dass viele Leute sehr unzufrie-
den seien. Es herrsche im Volke Mißtrauen.
Wenn man die Verfassungscommission wolle, so
lade er die Regierung ein, sich zu erklären,

daß dieselben in 4 Wochen vorzuliegen
wäre, wolle man sie aber nicht so ein-
schränken, daß die Revision zurückbleibe.

Der Präsident erwirbt darauf, daß die Art und
Weise, wie diese Sache von einem fürstlichen
Abgeordneten vorzubereiten werden sei, be-
kannt werden müsse, zumal doch am fünfzigsten
Tage die Besetzung der fürstlichen Vertretung
den sei.

Der Reg.-Chef Prinz Karl sagt, Abg. Schädler beziehe
sich indirekt auf die Vertheilung. Er hat schon
einmal vorgeschlagen, wie es sich mit der Ver-
fassung verhalte. Er habe über einen Punkt
Wahlbestimmung gesprochen u. so beabsichtige zu
einer Änderung hinzu zu kommen. Der Präsident
in dem Falle viel Arbeit. Abg. Dr. Beck
habe sich gegenüber die Malita-Angelangehend
u. die wirtschaftlichen Fragen einen Vortrag
abgegeben habe er einen Vortrag gemacht,
er sei bereit diesen vorzuliegen.

Abg. Schädler meint sich entschließen gegen die An-
sprüche von Seite des Präsidenten. Er sei
zu der Anklage, daß er von dem Fürsten für
das Gelingen nicht dankbar, ^{zu wenig} er habe nur
das gesagt noch ein großer Teil des Volkes
denken u. anzusehen. (Zurückweisung des Präsi-
den, daß er zu begünstigen, andere Abgeord-
nete rufen kann). Ein fünfzigster Tag
sich mitzutheilen, er würde die ganze Arbeit
in 31 Tagen ^{fertig} machen. Abgegeben habe ich
Der Landesherr habe gesagt, daß er die
Revision wolle.

Der Vorsitzende findet, daß sich das, was Abg. Schädler

jetzt aufzurufen, mit dessen neuen Aufstufungen wir uns danken; wir bleiben bei unserer Ansicht bezüglich der Verfassung der Abg. Schädel.

Abg. Peter Büchel unterstützt den Präsidenten. Seine im Jahre 1919 gefassten Beschlüsse sind der Fürstenschaft eine gewisse Hilfe zu bringen anzudeuten, dafür findet er einen Antriebspunkt für die Verwirklichung in der Malita. Antwort für die neue.

Abg. Risch fügt bei, daß man sich über die kritischen Punkte einig ist, aber man muss die Verantwortung der Aufbringung geben.

Abg. Schädel dankt dem Abg. Peter Büchel für die Unterstützung der Freunde. Der wollen auf, aber wenn man ein Haus bauen, braucht es ein Fundament, das Fundament zum Frieden im Lande sei u. a. auf die Verfassungsänderung.

Erstschluß des Präsidenten die Sitzung.

Der Schriftführer:
Gustav Schädel